



Im Dezember 1975 überfiel ein Kommando unter Führung des aus Venezuela stammenden Terroristen „Carlos“ eine Ministerkonferenz der Organisation erdölexportierender Staaten (OPEC) in Wien. Deren Hauptquartier befand sich damals gegenüber der Universität am Ring. Dabei starben drei Menschen.

Im Fadenkreuz des Terrorismus

Terrorismus blieb in Österreich ein seltenes Phänomen, wobei von der Intensität her der Nahost-Terrorismus die bedeutendste Herausforderung darstellte. Zwischen 1973 und 1985 war Österreich (und besonders Wien) ein Nebenschauplatz des Konfliktes zwischen Israel und den Palästinensern und zwischen arabischen Gruppen. In diese Zeitspanne fallen die Geiselnahmen von Schönau (1973) und im Wiener OPEC-Hauptquartier (1975), der Mord am Wiener Stadtrat Heinz Nittel (1981), der Wiener Synagogenanschlag (1981) sowie das Flughafenattentat in Schwechat (1985). Von Thomas Riegler

Eine Statistik des Autors von 2010 kommt auf 27 Tote und 141 Verletzte durch terroristische Gewalt in Österreich innerhalb von 50 Jahren. Zum Vergleich: Allein der jahrzehntelange Terror der „Roten Armee Fraktion“ (RAF) forderte in der BRD 67 Tote und 230 Verletzte. Warum Österreich von terroristischer Gewalt relativ verschont geblieben ist, lag an der Verfasstheit des politischen Systems: Gesellschaftliche Konfliktfelder, die anderswo einen Nährboden für terroristische Gewalt darstell-

ten, wurden durch die von oben vorangetriebenen Reformen der 1970er Jahre entschärft. Zündstoff für Terrorismus bildete vor allem die Auseinandersetzung um Minderheitenrechte: In den 1960er Jahren unterstützten Neofaschisten die Anschlagswelle in Südtirol, während es in den 1970er Jahren in Kärnten zu 19 Sprengstoffattentaten gegen Denkmäler, Bahngleise, Strommasten und das Heimatmuseum von Völkermarkt kam. In den 1990er Jahren fand rechtsextremer Terror dann einen Höhepunkt in der Briefbombenserie und dem

Anschlag von Oberwart. Ansonsten war Terrorismus vor allem das Werk ausländischer Akteure auf österreichischem Boden. Die Republik gilt bis heute als „Ruheraum“ (sanctuary) für Terroristen, nicht als „Aktionssraum“ – Österreich wird für Reisebewegungen, für Vorbereitungen von Operationen oder einfach als Versteck und Finanzplatz genutzt. Paradoxiertweise gilt Österreich gleichzeitig als „Spielweise“ internationaler Geheimdienste, Wien außerdem als bevorzugte Wohn- oder Anlageort osteuropäischer

archen, arabischer Potentaten und Ma-
Paten. „Wien war immer ein Rückzugs-
ort für Schmuggler und Verbrecher aller
Art“, meinte dazu der ehemalige Leiter des
Sicherheitsbüros, Max Edelbacher:
„Wien ist einmal das sehr einladende Banken-
land, diese balkanesischen Gastfreund-
schaft und die Mentalität des Gebens und
Nehmens. [...] Geld stinkt nicht in Österrei-
ch. Man fragt niemand, woher das stammt.“

Drohung gegen jüdische Auswanderer

Wenige Monate nach dem Münchner
Attentat vom 22. September 1972 war Österreich
zum ersten Mal direkt mit dem Nahost-
konflikt konfrontiert. Österreich war Tran-
sitland für jüdische Emigranten aus dem
Ostblock: Bis 1973 hatten 164.638 Emi-
granten – 72.078 aus der UdSSR, der Rest
aus Polen, Rumänien und der ČSSR – den
kommunistischen Machtbereich per Bahn
überquert. Rund 70.000 davon wurden in
einem Transitlager der „Jewish Agency“ in
Schönau an der Triesting gesundheitlich
untersucht, vom israelischen Geheimdienst
„geleitet“ und auf ihre neue Heimat
vorbereitet. In der arabischen Welt galt die
Wanderung osteuropäischer Juden nach
Israel als Stärkung Israels, die zu unterbin-
den war. Eine erste geplante Geiselnahme
nach dem „Schwarzen September“, jene
Attentate, die schon den Münchner Anschlag
vorbereitet hatte, konnte Anfang 1973 vereitelt
werden – zwei Teams, die über die Schweiz
nach Wien reisten, wurden nach Warnungen
österreichischer Geheimdienste verhaftet.

Am 28. September 1973 gelang es jedoch
den Angehörigen der obskuren „Adler der
palästinensischen Revolution“, auf tsche-
choslowakischer Seite den Zug Nr. 2590 zu
überfallen und drei russische Juden sowie
zwei österreichischen Zöllner als Geiseln
mitzunehmen. Nach stundenlangen Verhand-
lungen gab die Bundesregierung nach: Das
Transitlager in Schönau wurde ge-
schlossen und im Gegenzug die Geiseln
freigelassen; die beiden Terroristen konnten
unter freiem Geleit abfliegen. Bundeskanzler
Bruno Kreisky musste für dieses Krisen-
management internationale Kritik einste-
cken, doch war die Schließung Schönaus
eine vordergründige Maßnahme: „Mir kam
vor allem darauf an, dass keine Men-
schenleben geopfert wurden und die von
den Terroristen aus dem Zug gekidnappten
Personen die Freiheit wiedererlangten. Da
den Terroristen lediglich die Auflösung
des Transitlagers versprochen, die ich ohne-



Im niederösterreichischen Schloss Schönau – das Bild zeigt das Eingangstor – befand sich ein Durchgangslager für russische Juden. Im September 1973 überfielen palästinensische Terroristen einen Flüchtlingstransport. Das Transitlager wurde geschlossen und die Geiseln freigelassen; die Transporte aber gingen weiter: Zwischen 1968 und 1986 passierten insgesamt 270.000 osteuropäische Juden Österreich.

hin ins Auge gefasst hatte, habe ich mich
also weder erpressen lassen, noch habe ich
sie getäuscht.“ Der Transit ging weiter, er-
reichte nach dem Anschlag seinen Höhe-
punkt: Zwischen 1968 und 1986 passierten
insgesamt 270.000 osteuropäische Juden
Österreich. Der israelische Historiker Tom
Segev meinte dazu, „es dürfte kaum einen
wichtigeren Beitrag zur Förderung der zio-
nistischen Bemühungen gegeben haben als
diesen.“

Die OPEC-Geiselnahme

Am 21. Dezember 1975 erfolgte der näch-
ste Schlag: Ein gemischtes Kommando von
Palästinensern und westdeutschen Linksex-
tremisten unter Führung von Ilich Ramírez
Sánchez, genannt „Carlos“, nahm im Haupt-
quartier der OPEC in Wien 62 Geiseln, darun-
ter sich elf Erdöl-Minister befanden. Es ging
schnell und brutal. Die deutsche Terroristin
Gabriele Kröcher-Tiedemann erschoss den
Staatspolizisten Tichler, als dieser Hilfe holen
wollte, und – nach Zeugenaussagen – auch
den Leibwächter des irakischen Erdölmini-
sters Saces al Khafazi. Das dritte Opfer war
der libysche Delegierte Jussuf Izmirili. „Car-
los“ fand ihn in einem Bürozimmer und er-
schoss ihn nach einer Rangelei. Zweck dieser
Aktion war primär Geldbeschaffung für das
„Spezialkommando der Palästinensischen
Volksbefreiungsfront“ (PLFP) von Wadi Had-
dad. Der ehemalige Kinderarzt gilt bis heute
als Pate des modernen Terrorismus, der Ende
der 1960er Jahre die ersten Flugzeugentfüh-

rungen initiiert hatte. Außerdem wollte der
libysche Diktator Muammar al-Gaddafi die
Preispolitik der OPEC zu seinen Gunsten
beeinflussen und die Ölminister von Saudi-
Arabien und Iran, Ahmed Zaki Yamani und
Jamshid Amouzegar, „bestrafen“, da diese
den Förderhahn aufgedreht hatten.

Kreisky reagierte ähnlich wie im Falle Schö-
nau: Es wurde keine „militärische“ Lösung
erwogen, sondern der Bundeskanzler inter-
nationalisierte die Situation, indem er alle
OPEC-Mitgliedsländer in den Entschei-
dungsprozess mit einband. Am 22. Dezember
1975 wurde in Schwechat eine DC-9 – es war
die dienstälteste Maschine der AUA-Flotte –
bereitgestellt, um die Terroristen nach Algier
zu fliegen. Um 08:45 Uhr traf der Konvoi in
Schwechat ein – die in Österreich ansässigen
Angestellten waren zuvor, wie gefordert,
freigegangen; Carlos hatte aber noch 33 Per-
sonen – darunter die elf Minister – in seiner
Gewalt. Quasi zum Abschluss streckte er dem
anwesenden Innenminister Otto Rösch die
Hand hin. Dieser griff zu, der Skandal war
perfekt. Zumindest war man die Terroristen
los.

In Algier gab Carlos die Direktive aus, Tripo-
lis anzusteuern. Doch soll der Mord an dem
libyschen Delegierten Gaddafi verärgert
haben, und die AUA-Maschine musste am
23. Dezember zurück nach Algier fliegen.
Als die Algerier drohten, das Flugzeug zu
stürmen, war Carlos gegen Zahlung eines
Lösegelds – die Schätzungen reichen bis 50
Millionen Dollar – bereit, die Geiseln freizu-

lassen. Carlos avancierte lange vor Osama Bin Laden zum „Gesicht“ des internationalen Terrorismus; er wurde erst 1994 im Sudan verhaftet und in Frankreich wegen anderer Verbrechen zu zweimal lebenslänglich verurteilt. Der deutsche RAF-Terrorist Klein wurde später in der BRD zu einer kurzen Haftstrafe verurteilt; Österreich hatte es stets vermieden, ein Verfahren in Sachen OPEC zu eröffnen.

Die Anschläge von 1979 und danach

Im April 1979 explodierte im Innenhof der Synagoge in der Wiener Seitenstettengasse eine Bombe, die Sachschaden anrichtete. Der Fall wurde nie wirklich geklärt – vieles spricht für eine Involvierung des Geheimdiensts der „Palästinensischen Befreiungsbewegung“ (PLO), der zur selben Zeit auch Anschläge in der BRD plante.

Bei den folgenden Anschlägen der 1980er Jahre – dem Mordanschlag auf den Wiener Stadtrat Nittel, die Angriffe auf die Wiener Synagoge 1981 und den El-Al-Schalter am Flughafen Schwechat 1985 – handelte es sich um innerpalästinensische Konflikte, die eben auf österreichischem Boden ausgetragen wurden. Die Gruppe „Al Assifa“ („Der Sturm“) unter Sabri al-Bana, genannt „Abu Nidal“, bekämpfte die aus ihrer Sicht zu kompromissbereite Führung der PLO unter Jassir Arafat. Österreich unterstützte Arafats Linie und wurde daher, wie auch andere PLO-freundliche Länder (Italien, Frankreich und Griechenland), zum Zielland. Die „Al Assifa“ bediente damit auch die Interessen ihrer staatlichen Sponsoren – des Irak, Syri-

ens und Libyens – die eine westliche „Einmischung“ in den Nahost-Konflikt aus den unterschiedlichsten Motiven ablehnten.

Kreisky und der Nahe Osten

Kreisky hatte schon als sozialistischer Jugendfunktionär an illegalen Aktionen gegen die ständestaatliche Diktatur in den 1930er Jahren teilgenommen und war während des Nationalsozialismus im politischen Exil gewesen. Vor diesem Hintergrund sympathisierte er mit den nationalen Befreiungsbewegungen der 1950er und 1960er Jahre; seine besondere Aufmerksamkeit konzentrierte sich auf den Nahen Osten und die Sache der Palästinenser.

1974 bekundete PLO-Führer Jassir Arafat vor den Vereinten Nationen seine Bereitschaft, mit Israel zu verhandeln – dies war eine Neuorientierung der PLO, weg vom internationalen Terrorismus, hin zur Diplomatie. Kreisky, der im Auftrag der „Sozialistischen Internationale“ (SI) im Rahmen von drei Fact-Finding-Missions zwischen 1974 und 1976 die Chancen auf eine friedliche Lösung im Nahen Osten auslotete, erkannte früh die Bedeutung der PLO. Hauptziel seiner „aktiven Außenpolitik“ war es immer, durch präventive Konfliktentschärfung mehr Sicherheit für Österreich zu schaffen. Deshalb protegierte Kreisky einen geheimen Dialog zwischen PLO-Emissären und der israelischen Friedensbewegung. Weiters sorgte er für die „Vernetzung“ von PLO-Repräsentanten wie Issam Sartawi mit Entscheidungsträgern der SI und fungierte als Gastgeber

für die ersten Empfänge Arafats auf diplomatischem „Parkett“. Als erster westlicher Staat erkannte Österreich 1980 die PLO offiziell an.

Auf dem Höhepunkt der Terrorwelle argumentierte Kreisky 1981, dass Österreich gerade wegen dieser guten Kontakte zur PLO lange vom Terror verschont geblieben sei, obwohl das Land wegen seiner Transitfunktion für die jüdische Emigration immer besonders gefährdet war: „Es gibt Hunderte Menschen, die heute am Leben sind, weil wir diese Politik betrieben haben. Vergessen Sie nicht, welche Bürde wir auf uns genommen haben, als wir uns bereit erklärten, russischen Juden die Ein- und Weiterreise zu ermöglichen.“ Der Terror in den 1980er Jahren zielte aber nicht mehr direkt gegen die Emigration: Innerhalb der PLO war nach 1974 eine „Ablehnungsfront“ entstanden, die gegen den Kurswechsel Arafats opponierte; die drei Attentate zwischen 1981 und 1985 in Österreich richteten sich eindeutig gegen das aktive österreichische Engagement im Nahen Osten.

Nach Kreiskys Rücktritt 1983 wich die österreichische Außenpolitik schrittweise vom Nahen Osten ab und wandte sich neuen Prioritäten zu. Hinter diesem Kurswechsel mag auch der Schluss gestanden sein, dass Kreiskys Politik gegenüber der PLO und seine guten Kontakte zu Gaddafi das Land nicht vor dem Terror bewahrt hatten. Dass Kreiskys Strategie nicht aufging, lag vor allem an den geopolitischen Umständen Anfang der 1980er Jahre. Es gab schlicht kein „window of opportunity“; weder die USA noch die UdSSR waren an einer Änderung des Status quo im Nahen Osten interessiert. Nach dem Wahlerfolg des rechts gerichteten Likud lehnte Israel Verhandlungen mit der PLO kategorisch ab, während es bei den Palästinensern ab 1982 zu einer Re-Radikalisierung kam. Erst in den 1990er Jahren sollten die Eckpunkte von Kreiskys einstiger Nahost-Politik den zeitweilig erfolgreichen Friedensprozess mitbeeinflussen.

Der blutigste Anschlag der Terrorwelle – auf dem Flughafen Wien-Schwechat 1985 – hatte auch das Ziel verfolgt, verurteilte „Al Assifa“-Attentäter freizupressen. Um weiteres Blutvergießen zu vermeiden, traf man 1988 eine Vereinbarung mit Abu Nidal: Bis 1993 stellte die Staatspolizei Angehörigen seiner Organisation eine Wohnung in Wien zur Verfügung, die in Zusammenarbeit mit einem „befreundeten Dienst“ überwacht wurde. Dafür endete der Nahost-Terror in Österreich.



1979 wurde auch die Synagoge in der Seitenstettengasse zum Ziel eines terroristischen Anschlags.

Heute: Hohes Risiko

Die Ereignisse in Schwechat markierten auch eine Wende: Davor hatte die Gewalt vor allem jüdische Auswanderer und Synagogenbesucher getroffen; nun musste sich jeder verletztlich fühlen. In der „Kronen Zeitung“ meinte Ernst Trost: „Der Terror kennt keine Grenzen, keine Neutralität, sein Kriegsschauplatz ist überall, sein Opfer kann jeder sein.“ Es hatte jener schrankenlose Terrorismus begonnen, mit dem wir auch heute konfrontiert sind. Im Vergleich zur Gewalt der 1970er und 1980er Jahre stellt der gegenwärtige radikal-islamistische Terrorismus eine neuartige Bedrohung dar – zuletzt wurden in Paris im Jänner und im November 2015

Menschenansammlungen zum Ziel konzentrierter Attacken mit der Absicht, Massenverluste anzurichten. Dies zeigt auch, wie sehr sich der Terrorismus seit 1975 entgrenzt hat: Die OPEC-Geiselnahme von 1975 war noch teilweise staatlich gesteuert, um ein klar definiertes Ziel durchzusetzen. Die Terroristen gingen brutal vor, um ihr Ziel zu erreichen – danach jedoch wurde Blutvergießen vermieden. In den mehr als vier Jahrzehnten seitdem ist Terrorismus zu einer Bedrohung für „alle“ geworden – niemand soll sich mehr sicher fühlen. Bei der Gewalt gibt es keine Beschränkung mehr, es geht nicht mehr um konkrete Ziele, sondern um die Verbreitung von Angst, und das Kalkül dahinter

ist zur Provokation eines apokalyptischen „Kriegs der Zivilisationen“ verschwommen. Das Risiko, dass Österreich vom „Ruheraum“ zum „Aktionsraum“ wird, ist heute höher als je zuvor. ■

Dr. Thomas Riegler

(geb. 1977) ist Historiker in Wien und auf Terrorismusforschung spezialisiert. Zahlreiche Publikationen, zuletzt „Terrorismus. Akteure, Strukturen, Entwicklungslinien“ (2009), „Im Fadenkreuz: Österreich und der Nahostterrorismus 1973–1985“ (2010) und „Tage des Schreckens: Die OPEC-Geiselnahme und die Anfänge des modernen Terrorismus“ (2015).

Vom Gendarmeriekommando Bad Vöslau zum Einsatzkommando Cobra

Aus heutiger Sicht ist es ein Paradoxon: Obwohl Österreich Anfang der 1970er Jahre zunehmend ins Fadenkreuz internationaler Terroristen geriet, hatte dies im Sicherheitsbereich nur langsame Konsequenzen. Zum Schutz der jüdischen Emigranten entstand am 1. Mai 1973 das 80 Mann starke „Gendarmeriekommando Bad Vöslau“ (GK Bad Vöslau) – im Grunde „ganz normale“ Gendarmeriebeamte aus dem gesamten Bundesgebiet, die sich freiwillig für drei Monate meldeten, wobei es als „zweckmäßig“ galt, „für diesen Dienst nur bewährte, körperlich fitte und außendiensttaugliche Beamte mit einem Höchstalter von 40 Jahren [...] zuzuteilen“.

Die Medien bedachten die Truppe dennoch mit martialischen Spitznamen. So ließ sich Hans Peter Hasenöhr, Redakteur der „Kronen Zeitung“, Anfang Juni 1973 vom deutschen Titel der populären US-amerikanischen Krimiserie „Kobra, übernehmen Sie!“ inspirieren und schrieb über die „Kobra“, die Mannschaften seien „Tag und Nacht unterwegs [und] auf Knopfdruck [...] dort, wo sie benötigt werden. [...] Das Sonderkommando soll abschreckende Wirkung haben, damit ein Angriff der Terroristen von vornherein unterbleibt.“ Nachdem palästinensische Terroristen am

15. Dezember 1973 einen Anschlag auf den Flughafen Rom verübt hatten, übertrug Innenminister Otto Rösch dem GK Bad Vöslau zusätzlich Sicherungsaufgaben auf dem Flughafen Wien-Schwechat. Der Personalstand wurde auf 133 Beamte angehoben.

Am 1. September 1974 übersiedelte das „Gendarmeriebegleitkommando Wien“, wie es jetzt hieß, in die Burstyn-Kaserne in Zwölfaxing, doch betrug der Personalstand bald nur mehr 32 Beamte. Das Sonderkommando, so der langjährige Kommandant Johannes Pechter, war innerhalb der Gendarmerie „ein von nicht allen geliebtes Kind geblieben und man dachte sogar an seine Auflösung“.

Auch auf politischer Ebene gab es zu diesem Zeitpunkt kein Interesse an einer weiteren Aufrüstung. Als die ÖVP 1975 die Aufstellung einer „Anti-Terrortruppe“ forderte, erklärte Innenminister Rösch, „es gebe erfreulicherweise keinen Terror in Österreich. Die Einrichtung einer derartigen Spezialtruppe sei wiederholt geprüft und stets abgelehnt worden. Eine derartige Truppe müsste nämlich untätig warten, bis etwas passiert, das ihren Einsatz rechtfertigt. Der Abzug der Beamten für diese Truppe würde den übrigen Polizeiapparat

schwächen.“ Als es wenige Monate später zur OPEC-Geiselnahme kam, sollte Rösch an seine Wortwahl erinnert werden ...

Erst nach der Entführung des Industriellen Walter Palmers durch die Bewegung „2. Juni“ Ende 1977 fürchtete man ein weiteres Übergreifen des westdeutschen Linksterrorismus auf Österreich. Das Kommando zum Schutz der jüdischen Einwanderer wurde zu einer für das gesamte Bundesgebiet zuständigen Spezialeinheit ausgebaut und mit 1. Jänner 1978 offiziell als „Gendarmerie-Einsatzkommando“ (GEK) mit 127 Beamten installiert. Es wurden ausschließlich Freiwillige aufgenommen, die sich einem rigiden körperlichen und psychologischen Auswahlverfahren unterziehen mussten. Insgesamt wurden in dieser Anfangsphase 70 Millionen Schilling (ca. 5 Millionen Euro) investiert. Mitte November 1978 stellte das GEK seine Einsatzfähigkeit vor Journalisten unter Beweis – das Echo war positiv. Laut „Kronen Zeitung“ war eine „Kopie des erfolgreichen BRD-Grenzschutzkommandos“, der GSG-9, geschaffen worden – eine „GSG-Ö sozusagen“. Heute gilt das „Einsatzkommando Cobra“ (EKO-Cobra) weltweit als einer der effektivsten Spezialverbände.